



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Bahrain 2017

Auch in diesem Jahr kam es zu zahlreichen Fällen von Folter und Misshandlung durch die bahrainischen Sicherheitsbehörden. So berichteten zwei Männer, die zum Tode verurteilt worden waren, von Schlägen, Elektroschocks und Aufhängen an der Decke. Die Staatsanwaltschaft hat die Folttervorwürfe nicht verfolgt und das erpresste Geständnis gegen die beiden Männer für das Todesurteil verwendet. Hunderte Menschen gingen auf die Straße, um gegen die Hinrichtungen zu protestieren, teilweise kam es zu gewaltsamen Ausschreitungen. Diese Proteste wurden mit exzessiver Polizeigewalt und willkürlichen Festnahmen beantwortet. Die Polizei setzte Tränengas und Schrotgewehre ein, wodurch mehrere Menschen verletzt wurden. Auch zu anderen Gelegenheiten kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Polizei und Protestierenden. So protestierten im Februar Menschen gegen das Verbot eines religiösen Begräbnisses für drei auf der Flucht aus dem Gefängnis erschossene Männer. Während einige Proteste friedlich verliefen, eskalierten andere.

Im Mai sind im Dorf Duraz sind mehrheitlich friedliche Proteste mit Schrotschüssen und Tränengas gewaltsam aufgelöst worden. Dabei kam ein Mann ums Leben, viele hundert wurden verletzt. Das Dorf war von Mitarbeitern des Innenministeriums in vielen hundert Fahrzeugen eingekreist worden, die aus der Luft von 4 Hubschraubern unterstützt wurden. Ziel war das Haus von Sheikh Issa Quassem, einem Führer der mittlerweile verbotenen Partei al-Wefaq.

Zudem hat der König von Bahrain im April einer neuen Gesetzesvorlage zugestimmt, die es ermöglichen soll, Zivilisten vor Militärgerichten zu verurteilen. Die Verurteilung von Zivilisten vor Militärgerichten widerspricht der internationalen Gesetzgebung. Schon im Mai wurde das erste Zivilverfahren an ein Militärgericht weitergeleitet. Es handelt sich um Fadhel Sayed Abbas Hasan Radhi, der sieben Monate lang Opfer von Verschwindenlassen war. Man befürchtet, dass er in dieser Zeit gefoltert und zu einem Geständnis gezwungen worden sein soll. Der Ombudsmann für Folter hat auf die Eingaben der Angehörigen und von Al nicht reagiert. Ein ähnlicher Fall war der von Sayed Alawi Hussain al-Alawi.

Die Haftbedingungen im Jaw-Gefängnis wurden nach einem Ausbruch, bei dem ein Polizist starb, drastisch verschärft. Gefangene, die ihre Zelle verlassen, werden nun gefesselt, zudem sind die meisten Zellen nun die meiste Zeit geschlossen, was vor allem für die Häftlinge schwierig ist, die keine Toilette in der Zelle haben. Die Familien von 12 gewaltlosen politischen Gefangenen, die seit dem Arabischen Frühling 2011 inhaftiert sind (alle in unfairen Verfahren verurteilt, manche erheben Folttervorwürfe, die nie untersucht wurden) geben

an, dass viele nun aus Protest dringend notwendige medizinische Behandlungen ablehnen. Manche sind in den Hungerstreik getreten (z.B. Abdulhadi al-Khawaja). Einige der Häftlinge sind alt oder gebrechlich. Die Praxis widerspricht den internationalen Regelungen zur Behandlung von Gefangenen. Immer wieder wurden auch Aktivisten inhaftiert, die Folter publik gemacht hatten oder dagegen protestierten. So wurde Ebrahim Sharif wegen einer Reihe von Tweets der „Verbreitung von Hass gegen das Regime“ angeklagt. Unter dem Tweets war auch ein Bericht von AI über 20 Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Bahrain seit 2011. Weiterhin wurde die Menschenrechtsverteidigerin Ebtasim al-Saegh erneut festgenommen. Sie war zuletzt im Mai 2017 festgenommen worden und wurde dabei misshandelt und sexuell missbraucht. Am Tag vor ihrer Festnahme hatte sie auf Twitter den König für die Misshandlungen der Nationalen Sicherheitsbehörde im Frauengefängnis verantwortlich gemacht. Mittlerweile wurde sie wieder freigelassen. Auch der prominente Aktivist Nabeel Rajab wurde in Abwesenheit zu zwei Jahren Haft verurteilt. Sein zweites Verfahren, in dem es um Twitterbotschaften bezüglich des Kriegs im Jemen und um Foltervorwürfen im Jaw-Gefängnis geht, geht noch weiter, hier drohen ihm 15 Jahre Haft. Die Familie des Menschenrechtsaktivisten Sayed Ahmed Alwadaei wird weiterhin drangsaliert. Sayed Ahmed Alwadaei ist der Leiter des bahrainischen Instituts für Rechte und Demokratie und lebt in London im Exil. Dort nahm er an einem Protest teil, während ein Regierungsmitglied auf Staatsbesuch war. Seine Frau Duaa Alwadaei wurde daraufhin mit ihrem Kind festgenommen, sie soll eine Polizistin beleidigt haben. Auch sein Schwager, seine Schwiegermutter und deren Neffe wurden festgenommen und wegen der „Platzierung falscher Bomben“ zu drei Jahren Haft verurteilt. Sie erheben Foltervorwürfe.

Ende Mai wurde zudem eine weitere säkulare Partei, die National Democratic Action Society (Wa'ad) wurde von einem Gericht auf Anweisung des Innenministeriums aufgelöst und ihre Mittel beschlagnahmt. Sie hatte der Regierung Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen (in Form von drei Hinrichtungen), weswegen man ihr nun vorwirft, Terrorismus zu unterstützen.